



Sorge

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/165

19. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Im Labyrinth des Interzonenhandels	S.1
Koreakrieg im Spiegel Moskaus (Bericht aus Stockholm)	S.3
Kampf um das "Bayerische Betriebsrätegesetz"	S.4
Nachrichten aus der Ostzone	S.6

Im Labyrinth des Interzonenhandels

sp. Expertenberechnungen sehen für die Zeit nach dem Ablauf des Marshallplanes einen jährlichen Handel zwischen Westdeutschland und der Sowjetzone im Werte von annähernd 400 Mill. Dollar vor. 1936 lag der Warenaustausch zwischen den beiden Gebieten, soweit man ihn rückschauend lokalisieren kann, zwischen 2 und 3 Milliarden Reichsmark. Im Rahmen des Interzonenhandelsabkommens vom Oktober 1949, das am 30.6.1950 ab- lief, wurde die vereinbarte kümmerliche Summe von 300 Millionen DM (also etwa 1/10 des für die Vorkriegszeit angenommenen Betrages) nicht einmal annähernd erreicht. Dagegen beziffern Schätzungen des Bundeswirt- schaftsaminiisteriums den illegalen Warenaustausch auf rund 1 Milliarde DM, andere Annahmen gehen von einem wesentlich höheren Betrage aus.

Diese wenigen Ziffern zeigen die Grösse der entstandenen Ver- wirrung. Die Frage, wie man aus ihr herauskommen kann, stellt sich immer dringender. Zunächst hat man sich mit der provisorischen Verlängerung des abgelaufenen Abkommens begnügt, freilich nur auf der Grundlage von Kompensationsgeschäften. Bei der definitiven Neuregelung hat man von zwei Grundvoraussetzungen auszugehen: der Zwischenzonenhandel ist eine Realität, um die man nicht herumkommt. Man kann und darf ihn nicht unter- binden, man kann nur versuchen, ihn zweckmässig zu gestalten. Die zwei- te unmittelbare Realität ist das sowjetische, bzw. sowjetzonale Aussen- handelsmonopol. Was lässt sich also tun, um unter Berücksichtigung

dieser Tatsachen zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis zu kommen?

Eine schon früher von sozialdemokratischer Seite erhobene Forderung ist kürzlich auf einer Tagung des Ostausschusses beim Vorstand der SPD erneuert worden: der zentralen Institution der Gegenseite ist eine Einrichtung gegenüberzustellen, die besser als die augenblickliche Systemlosigkeit und Aufsplitterung ein hinreichend starker Partner ist. Ausserdem ist, nicht nur durch diese organisatorische Maßnahme, sondern auf jede andere denkbare Weise und unter Androhung strengster Strafe der gefährlich sich ausbreitenden Lockung des schwarzen Handels entgegenzutreten. Die verschiedenen Formen dieser "Geschäfte um jeden Preis", vom sogenannten Transit-Aussenhandel bis zum einfachen Schummel über die Zone, sind leider allzu bekannt.

Alle diese Forderungen haben im Zuge der letzten weltpolitischen Entwicklung eine stark aktualisierte Bedeutung erhalten. Der Zusammenhang von Aussenhandel mit dem von Moskau gelenkten Wirtschaftssystem und dem Stand der sowjetischen Kriegswirtschaft ist evident. Man braucht nur an die Frage des Stahlbargos zu denken. Davon abgesehen nutzt Pankow im Auftrage Moskaus jede Chance. Das zeigen u.a. die Bemühungen Ulbrichts, seine Regierung als eine unentbehrliche Vermittlung bei Einzellieferverträgen - ausserhalb des Monopolverfahrens - zwischen Stellen der Sowjetzone oder auch der übrigen Gefolgschaftsstaaten Moskaus mit deutschen, aber auch ausserdeutschen Firmen zu empfehlen. Dabei sind Ulbricht und seine Vertreter dann Empfänger nicht nur einer stattlichen materiellen, sondern vor allem auch der wichtigen politischen Provision, die in der de facto-Anerkennung des betreffenden volksdemokratischen Regimes besteht. Leider ist es auch so, dass selbst Firmen solcher Staaten, die heute in der militärischen Auseinandersetzung mit Nordkorea stehen, Lieferungen an die Sowjetunion tätigen, welche mittelbar oder auch direkt der Stärkung des russischen Wehrpotentials dienen.

Manches könnte noch dem Gesagten hinzugefügt werden, aber man würde schon ein gut Stück weiterkommen, wenn man nur entschlossen so weit ginge, wie es hier als unerlässlich bezeichnet wurde. Das, was bisher auf diesem Gebiet von einer Regierung geschah, die in allzu guten Beziehungen zu den Propheten des "Geschäftes um jeden Preis" steht, ist so gut wie nichts.

Koreakrieg im Spiegel Moskaus

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Der Überfall auf Südkorea wurde in der Sowjetunion mit einer lärmenden "Friedensoffensive" getarnt. Eine Woche vor dem Überfall auf Südkorea beschloss der Oberste Rat der Union, den Stockholmer Aufruf der kommunistischen "Friedensfreunde" zu unterzeichnen. Dann wurde die Plenarsitzung des "ständigen sowjetischen Komitees für die Verteidigung des Friedens" einberufen. Etwa zu gleicher Zeit mit dem Beginn der nordkoreanischen Aggression versammelte sich dieses Komitee in Moskau unter dem Vorsitz eines russischen Schriftstellers N. Tichonow und liess die Stockholmer Atom-Propagandawalze über die 200 Millionen Sowjetbürger rollen. Die Aktion setzte im psychologisch richtigen Moment ein, als es galt, die Aktion gegen Südkorea zu tarnen. Der sowjetische Goebbels von heute, der Propagandachef des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, Suslow, hatte alle seine organisatorischen Kräfte mobilisiert.

Die "Izvestija" schilderte die Propaganda-Aktion, die am 30. Juni begann und noch heute weitergeführt wird, mit folgenden salbungsvollen Worten: "Ein grossartiges Bild der Begeisterung des ganzen Volkes kann man heute in unseren Fabriken, Glauben, Kolchosen, Sowhosen, Ämtern und wissenschaftlichen Institutionen beobachten. Die sowjetischen Menschen stimmen für den Frieden, sie unterstützen die friedliebende Stalinsche Aussenpolitik. Es lebe der grosse Fahnenträger des Friedens, der Genosse Stalin!" Was der "grosse Fahnenträger des Friedens" und seine Partei eigentlich mit der kommunistischen "Friedensoffensive" im Auslande bezweckt, wurde in der "Prawda" mit voller Offenheit erklärt. Das Zentralorgan der Partei schrieb, dass alle, die den Stockholmer Aufruf unterschreiben, eine Verpflichtung übernehmen. Diese soll für die Arbeiter des Auslandes wie folgt lauten: "Ich werde stets ablehnen, Waffen aus den Schiffen zu laden und den Flugzeugen Brennstoff zu liefern, ich werde für diese Regierungen keine Lebensmittel produzieren, ich werde meinem Sohn oder Mann verbieten, in den Armeen zu kämpfen". Diese Verpflichtung gilt aber nur für die Massen der nichtkommunistischen Länder. Sie gilt nicht für die Sowjetbürger und die Bürger der Volksdemokratien. Sie gilt auch nicht für die Nordkoreaner. Im Gegenteil, die ganze Sowjetpresse ruft seit drei Wochen zur aktiven Unterstützung der nordkoreanischen Aggression auf. Die kommunistische Friedensparole lautet also in Wirklichkeit:

Ein kommunistischer Angriffskrieg soll unterstützt, eine Verteidigung gegen einen solchen Überfall soll sabotiert werden!

Das ist der wahre Sinn der ganzen bolschewistischen "Friedenskampagne".

Sie wird übrigens in der Sowjetunion mit neuen Verpflichtungen der sowjetischen Arbeiter, ihre Produktionsleistungen zu steigern, verbunden. "In Übereinstimmung mit unserer berühmten Tradition", schreibt die Zeitung der russischen Gewerkschaften, "Trud", "übernehmen die sowjetischen Arbeiter neue, erhöhte Verpflichtungen in Bezug auf ihre Arbeitsleistungen. Unser Land soll mehr Metall, mehr Maschinen, mehr Kohlen erhalten. Die Macht des Sowjetstaates muss vergrößert werden. Das ist der Wille des Sieger-Volkes". Also, die Arbeiter der nichtkommunistischen Länder sollen ihre Produktion sabotieren, die sowjetischen Arbeiter aber ihre Produktionsleistungen erhöhen.

Keine Waffen für die Opfer der kommunistischen Aggression,
mehr Waffen für die kommunistischen Angreifer!

Das ist die zweite "Friedensparole" der sowjetischen Presse.

Gleichzeitig muss man feststellen, dass die Sowjetpresse eine gewisse Zurückhaltung in Bezug auf den Koreakrieg ausübt. In den fast vier Wochen seit dem Kriegsbeginn haben die "Prawda" und die "Iswestija" den Ereignissen in Korea nur zwei Leitartikel gewidmet. Der Koreakrieg wird dem Sowjetleser als eine zwar wichtige, nicht aber als die alles überragende Frage des Weltfriedens dargestellt. Auch die TASS-Meldungen aus Korea, die nur auf der letzten Seite der Moskauer Zeitungen veröffentlicht werden, nehmen nicht mehr als eine Spalte ein. Sonst gibt es noch einige Auslands-Telegramme, die über die kommunistischen Unterstützungsaktionen für die nordkoreanische Aggression in den verschiedenen Ländern berichten. Auch diese auffallende Einstellung der Sowjetpresse macht es unwahrscheinlich, dass Russland die Erweiterung des Koreakrieges in einen Weltkrieg wünscht, so wie dagegen viele andere, echte politische Gründe sprechen.

Kampf um das "Bayerische Betriebsrätegesetz"

M.R. München, 19. Juli

Seit zweieinhalb Jahren befand sich das "Bayerische Betriebsrätegesetz" in der Retorte zahlreicher parlamentarischer Ausschüsse. Es kam schliesslich in den wesentlichsten Punkten zu einer Einigung, nachdem auch Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen gehört worden waren. Bald aber zeigte sich, dass gewisse Kreise zu erheblichem Widerstand entschlossen waren.

Der erste Vorstoß erfolgte durch den Beamtenbund, der unbedingt

erreichen wollte, dass das Betriebsrätegesetz für die Beamtenschaft keine Gültigkeit besitzen sollte. Dieser Vorstoss wurde durch eine persönliche Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Hans Ehard, abgelenkt. Als das Gesetz den Filter der parlamentarischen Ausschüsse passiert hatte und reif für die Beratung im Plenum war, flatterten plötzlich zu einer grossen Anzahl von Paragraphen des Gesetzes Abänderungsanträge auf den Tisch. Alle die Fragen, die bereits in den Ausschüssen eingehend beraten und einer Verständigung zugeführt waren, wurden dadurch erneut zur Diskussion gestellt, so die, ob Beamte im Sinne des Betriebsrätegesetzes Arbeitnehmer sind, ebenso der Paragraph, in dem festgelegt ist, dass in allen Betrieben, in denen fünf wählbare Arbeitnehmer tätig sind, ein Betriebsrat zu errichten ist und schliesslich die Abgrenzung der Betriebe von erheblicher Bedeutung, in denen dem Betriebsrat ein besonderes Mitspracherecht nach der Bayerischen Verfassung eingeräumt werden muss.

Konnte über diesen letzten Punkt, weil die zwingenden Bestimmungen der Bayerischen Verfassung vorliegen, eine Einigung erzielt und die Frage der Einbeziehung der Beamten durch eine geringe Mehrheit ebenfalls zugunsten der gewerkschaftlichen Auffassung entschieden werden, so beharrten die mittelständlerischen und bäuerlich gebundenen Abgeordneten der CSU in der dritten Frage auf ihrem Standpunkt. Sie wollten zunächst durchsetzen, dass nur in Betrieben, in denen 20 Arbeitnehmer beschäftigt sind, ein Betriebsrat zu bilden sei. Durch den erheblichen Widerstand der SPD-Fraktion und ihre Ankündigung, an diesem Punkt unter Umständen das ganze Gesetz scheitern zu lassen, verminderten sie die Zahl auf 10 wählbare Arbeitnehmer. Auch mit diesem Beschluss, der mit einer Stimme Mehrheit gefasst wurde und durch den in Bayern nur rund 1,85 Prozent der Kleingewerbebetriebe erfasst worden wären, erklärte sich die SPD nicht einverstanden und forderte die Vertagung der Beratungen.

Es besteht leider Grund zu der Annahme, dass der Hinweis auf die 600.000 DM Wahlgelder, die den bürgerlichen Parteien von der bayerischen Industrie zur Verfügung gestellt werden sollen, seine Wirkung bei der Beratung dieses Gesetzes nicht verfehlt hat. Interessant war bei den Abstimmungen, dass die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten der CSU, an der Spitze der bayerische Arbeitsminister, Heinrich Krehle, sowie eine Reihe prominenter, fortschrittlich gesinnter Abgeordneter dieser Partei mit der SPD stimmten und in heftigen Worten die Haltung der Mehrheit ihrer Fraktion kritisierten.

Die SPD hat nunmehr erklärt, dass sie noch einmal in einem

interfraktionellen Gremium versuchen will, eine Übereinkunft über diese äusserst wichtige Frage zu erzielen. Gleichzeitig hat sie aber mitgeteilt, dass sie nunmehr in die Betriebe gehen werde, um dort für die notwendige Aufklärung über den Inhalt des Betriebsrätegesetzes zu sorgen.

Nachrichten aus der Sowjetzone:

Kommunistische Wahlargumente

sp. Alle Referenten und die Agitationsgruppen der SED und FDJ haben bereits Merkblätter erhalten, in denen die Argumente "gegenseitig abgestimmt werden". Auf die Frage, weshalb trotz Zusage und Bestimmung der Verfassung keine Listenwahl vorgenommen wird, darf geantwortet werden:

"Sie müssen doch einsehen, dass die Besatzungsmacht es nicht zulassen kann, wenn die SED nur 5 oder 10 Prozent der Stimmen erhielte, das wäre ihrem internationalen Ansehen höchst abträglich".

Weiterhin sollen die Referenten die Wähler unter Druck setzen und den Eindruck erwecken, als bestände in der Sowjetzone die Wahlpflicht. Man hat sich auch bereits mit der Frage der tatsächlichen Einführung der Wahlpflicht "angesichts der Bedeutung dieser ersten Wahlen seit Bestehen der DDR" befasst, kam jedoch zu keinem Beschluss. Man befürchtet in Kreisen des Politbüros, dass die Bevölkerung nicht wählen und so die Gefahr umgehen will, die sich für ihre persönliche Sicherheit aus einem glatten "Nein" ergibt.

+

Ostmark in Gefahr

sp. Bei einer für den 30.6.1950 angeordneten Hauptinventur in Sachsen-Anhalt enthielt das Inventur-Formular eine Spalte für Goldrubel. Seitdem hält sich in ostzonalen Wirtschaftskreisen das Gerücht einer stärkeren Bindung der Ostmark an den sowjetischen Rubel.

+

Gesinnungsschnüffelei im Kindergarten

sp. Abschrift aus einem Rundschreiben der Chemnitzer SED-Leitung:

"Protokolle über Diskussionen bei der Schulung in allen Schulen und Kindergärten müssen nach der Schulung an den Genossen Wohlgemut in der Lessing-Schule II abgegeben werden. In den Protokollen müssen abweichende Äusserungen wörtlich und mit Namensnennung zitiert werden". Daraus sollen Rückschlüsse über die politische Einstellung des Elternhauses gezogen und dem SSD zugänglich gemacht werden.

+

Der neue deutsche Gruss: "Seid bereit". (sp.) Die Lehrerschaft des Kreises wurde angewiesen, in den Berufs-, Fach- und Oberschulen den FDJ-Gruss einzuführen. In den Grundschulen haben die Lehrer mit dem Gruss der Jungen Pioniere "Seid bereit", zu grüssen. Der Gegengruss der Kinder lautet: "Immer bereit". In den höheren Klassen lautet der beiderseitige Gruss "Freundschaft".

+++

Verantwortlich: Peter Raunau